



Presseschau vom 16.04.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

de.sputniknews.com: Nach Raketenangriff: Maas kündigt diplomatische Initiative Deutschlands zu Syrien an

Nach dem US-Raketenangriff in Syrien bleibt die Stimmung in der internationalen Politik äußerst angespannt - die Gefahr einer weiteren militärischen Eskalation zwischen den involvierten Akteuren ist weiterhin vorhanden. Laut Bundesaußenminister Heiko Maas muss nun der politische Prozess in Syrien neu aufgesetzt werden.

Wie genau der neu aufgesetzte Friedensprozess aussehen soll, wurde von Maas im Detail nicht genannt. Es solle aber eine diplomatische Initiative von Deutschland geben, erklärte Maas in der ZDF-Sendung „Berlin direkt“.

Er hoffe, „dass die Militärschläge zumindest allen Beteiligten deutlich gemacht haben, dass wir jetzt nicht nur die Möglichkeit haben, sondern dass es die Notwendigkeit gibt, den politischen Prozess wieder aufzunehmen“, sagte der Politiker zudem noch am selben Abend in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“.

Die Verhandlungen müssten nun „in einem anderen Format“ geführt werden, der verschiedene im Konflikt involvierte Akteure einbeziehen würde.

Der Außenminister verwies zudem darauf, dass hochrangige Vertreter aus den USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland am Sonntag in London über die Syrienfrage beraten hatten....

de.sputniknews.com: „Niemals im Arsenal Russlands gewesen“ – Ex-UN-Inspektor zu BZ-

Kampfstoff

Der Giftstoff BZ, der laut dem ehemaligen UN-Inspektor und C-Waffen-Experten Anton Utkin bei der Skripals-Vergiftung höchstwahrscheinlich benutzt worden war, ist niemals im Arsenal Russlands gewesen, jedoch in den USA hergestellt worden.

"Dieser Giftstoff war in den Jahren 1962 bis 1965 im Bestand der Armeen der NATO-Länder. Im Arsenal der UdSSR und Russlands hat es diesen Giftstoff niemals gegeben“, so Utkin. Großbritannien habe einen Fehler gemacht, als es die OPCW darum gebeten habe, einen ausführlichen Bericht über den Vorfall in Salisbury unter den Mitgliedstaaten der Chemiewaffenkonvention zu verbreiten. Je mehr Informationen veröffentlicht seien, desto zahlreicher würden die Fragen an London sein, so Utkin, ehemaliger UN-Inspektor in Irak. „Ich nehme an, dass Russland gerade aus diesem OPCW-Bericht erfahren hat, dass das Labor der schweizerischen Stadt Spiez in den Proben vom Tatort in Salisbury Spuren des chemischen Kampfstoffs BZ entdeckt hat“, sagte Utkin gegenüber dem Sender RT. Zuvor war berichtet worden, Moskau habe vertrauliche Informationen über den Vorfall von Salisbury aus dem Labor Spiez erhalten, die vom klinischen Bild Sergej Skripals und seiner Tochter bestätigt worden seien. Dies hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow mitgeteilt.

Am 4. März waren in der britischen Stadt Salisbury der früher wegen Spionage für Großbritannien in Russland verurteilte ehemalige GRU-Mitarbeiter Sergej Skripal und seine Tochter Julia vergiftet worden, was eine große internationale Affäre auslöste. London behauptet, in den Giftanschlag mit dem Stoff A-234 sei der russische Staat verwickelt. Moskau wies die Vorwürfe entschieden zurück.

de.sputniknews.com: CNN: Nach Angriff auf Syrien wird Nordkorea umso mehr am Atomprogramm festhalten

Laut dem US-amerikanischen Fernsehsender CNN hat Donald Trump durch den Luftschlag gegen Syrien die bevorstehenden Verhandlungen mit Nordkorea für die amerikanische Seite erschwert.

Wie CNN berichtet, haben die USA, die sich auf den Versuch vorbereiten, den nordkoreanischen Staatschef zu überzeugen, auf die Atomwaffen zu verzichten, wahrscheinlich Nordkorea ein starkes Gegenargument für die bevorstehenden Verhandlungen im Mai oder Juni gegeben.

Dem Fernsehsender zufolge kann der von Trump genehmigte Luftschlag gegen Syrien, der als eine Antwort auf die angebliche Giftgasattacke im Südwesten des Landes versetzt worden ist, sein Treffen mit Kim Jong-un erheblich erschweren.

Der Vizepräsident des US-Informationendienstes Stratfor, Rodger Baker, sagte gegenüber CNN, genau diese Handlungen seitens der USA würden Pjöngjang dazu zwingen, sein Atomwaffenprogramm weiter auszubauen. „Das ist im Großen und Ganzen der Grund, warum Nordkorea nach dem Besitz der Nuklearwaffen so strebt. Es wird angenommen, dass (der Besitz von Atomwaffen) die Wahrscheinlichkeit solcher Strafschläge verringert“, sagte Baker. Die nordkoreanische Regierung betrachte die Atomwaffen als einen existenziell wichtigen Mechanismus für die Eindämmung jeglicher Versuche eines Regimewechsels unter Leitung von Washington oder durch dessen Anstiftung, so der Fernsehsender.

CNN verwies darauf, dass der damalige libysche Präsident Muammar Gaddafi im Ergebnis monatelanger Verhandlungen darauf eingegangen war, auf die Entwicklung von ABC-Waffen (Atomar, Biologisch und Chemisch – Anm. d. Red.) zu verzichten. Der damals amtierende US-Präsident George W. Bush habe den Beitritt Libyens zur internationalen Gemeinschaft mit Freude begrüßt und der britische Ministerpräsident Tony Blair habe am nächsten Jahr, als Gaddafi zum Partner des Westens im sich damals entwickelnden „Krieg gegen den Terrorismus“ geworden war, die libysche Hauptstadt Tripolis besucht. Nichtsdestoweniger hätten sich London und Washington zum März 2011 von Gaddafi zurückgezogen und die

Nato habe die Anti-Gaddafi-Rebellen unterstützt. Nur einige Monate später sei Gaddafi vernichtet gewesen: er sei verhaftet, lange geschlagen und gefoltert und schließlich mit einem Kopfschuss getötet worden, berichtete CNN.

Der US-amerikanische Politologe Mike Chinoy hatte im einem Interview mit CNN noch im Februar erklärt, die Lehre für alle zukünftigen Verhandlungen mit Nordkorea bestehe darin, man könne nicht auf die Erfüllung jeglicher Versprechen durch die Amerikanern rechnen.

„Also egal, werden wir je mehr, desto besser, Atomsprengköpfe einsatzbereit machen und sagen: Na, versucht jetzt uns anzugreifen, wir können aber einen Atomschlag gegen Los Angeles versetzen“, hatte der Politologe mit Ironie gesagt.

Nach Ansicht der Expertenkreise hat Pjöngjang auch ohne Atomwaffen die Hebel für eine Eindämmung, die Libyen und Syrien nicht gehabt haben, darunter auch enorme Streitkräfte und eine mächtige Artillerie, die die südkoreanische Hauptstadt Seoul im Visier hat.

de.sputniknews.com: Washington wird neue antirussische Sanktionen am Montag verkünden – US-Medien

Die USA werden die neuen antirussischen Sanktionen am Montag verkünden, sie sollen die russischen Unternehmen betreffen, die die Technologien für Chemiewaffen nach Syrien geliefert haben. Das teilte der US-Nachrichtensender CBS News am Sonntag unter Berufung auf die UN-Botschafterin der USA Nikki Haley mit.

In einem Interview mit dem Nachrichtensender versprach Haley die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland.

„Der (amerikanische Finanz-)Minister Mnuchin wird das am Montag verkünden, wenn er das noch nicht getan hat. Diese Sanktionen werden direkt gegen die Unternehmen gerichtet werden, die die Ausrüstung und Technologien liefern, die im Zusammenhang mit dem Einsatz der Chemiewaffen durch (den syrischen Präsidenten) Assad stehen“, so Haley...

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess

18:47 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka (Truppenteil) auf **Jasinowataja** eröffnet, es wurden 5 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

18:55 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje** eröffnet, es wurden 35 Granatgeschosse abgeschossen, außerdem werden großkalibrige und Schusswaffen verwendet.

19:15 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Mörserfeuer aus Richtung Schirokino auf **Sachanka** eröffnet, es wurden 7 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

19:20 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Kamenka auf **Krutaja Balka** abgeschossen, es wurden zwei Granatgeschosse mit Antipanzerhandgranatwerfern abgeschossen, es werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

19:40 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Nowgorodskoje auf **Schirokaja Balka** eröffnet, es wurden drei Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben, es werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

20:05 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk** mit Mörsern des Kalibers 120mm (12 Mörsergeschosse), Kalaschnikowmaschinengewehren (3 Schüsse), großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

22:25 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Kamenka auf **Krutaja Balka** eröffnet, es wurde 1 Mörsergeschoss des Kalibers 82mm abgeschossen, außerdem wurden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

22:05 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Werchnetorezikoje auf **Michajlowka** mit Antipanzergranatwerfern (7 Granatgeschosse), Schützenpanzern (60

Schüsse), automatischen Granatwerfern (29 Granatgeschosse), großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

22:25 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer in zwei Richtungen eröffnet: aus Richtung Troizkoje auf **Oserjanowka**, es wurden 34 Granatgeschosse abgeschossen, davon 29 mit automatischen Granatwerfern;

aus Richtung Werchnetorezkoje-werchneje auf **Werchnetorezkoje-nishneje**, es wurden 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

22:45 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Nowgorodskoje auf **Shelesnaja Balka** eröffnet, es wurden 70 Schüsse mit Schützenpanzern abgegeben.

22:45 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Opytonje auf **Spartak** eröffnet, es wurden 7 Granatgeschosse abgeschossen, davon 5 mit automatischen Granatwerfern.

23:00 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen abgeschossen.

00:20 die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja** eröffnet, es wurden 40 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

de.sputniknews.com: Poroschenko prahlt mit Erfolgen ukrainischer Armee

Der ukrainische Präsident Petr Poroschenko hat auf seinem Twitter-Account die ukrainische Armee als eine der „effektivsten Armeen Europas“ bezeichnet.

„In den letzten vier Jahren ist es uns gelungen, nicht nur die Armee wiederzubeleben, sondern auch die ukrainischen Streitkräfte zu einer der effektivsten Armeen Europas zu machen. Eine erneute Bestätigung dafür ist die Teilnahme unserer Fallschirmjäger am Kurs zur Bekämpfung von Stoßtruppen in Polen, wo unsere Militärs am besten abgeschnitten haben“, schrieb Poroschenko via Twitter.

Neben den ukrainischen Fallschirmjägern hatten an den Übungen auch Militärs aus dem Libanon, Tschechien und Großbritannien teilgenommen.

Zuvor hatte die ukrainische Journalistin und Soldatin Walerija Burlakowa dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte vorgeworfen, die Kampfverluste im Donbass als Unfälle während einer unerlaubten Entfernung der ukrainischen Soldaten von der Truppe darzustellen

vormittags:

de.sputniknews.com: Russland zu „schwierigem Partner“ geworden – Maas

Die Partnerbeziehungen zu Russland sind laut dem deutschen Außenminister Heiko Maas im „Bericht aus Berlin“ schwieriger geworden. Berlin plant jedoch den Dialog mit Moskau.

„Russland ist ein schwieriger Partner geworden“, sagte der deutsche Außenminister. Aber wir wollen den Dialog mit Russland fortsetzen“, fügte er hinzu.

„Ob es uns gefallen mag oder nicht – der Syrien-Konflikt wird ohne Russland nicht zu lösen sein“, sagte Maas weiter.

Maas verwies unter anderem darauf, dass die USA, Großbritannien und Frankreich Syrien angegriffen hätten, weil Russland zwölf Mal die Resolutionen zu Syrien im UN-Sicherheitsrat verhindert habe.

„Ich hoffe, dass die Militärschläge nun allen deutlich gemacht haben, dass es die

Notwendigkeit gibt, den politischen Dialog wieder aufzunehmen“, sagte er. Die Situation in Syrien sei nach dem Raketenangriff der USA, Frankreichs und Großbritanniens nicht eskaliert...

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden **sechsmal** die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowka, Logwinowo und Sansharowka**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen. Die Verluste unter den Soldaten: **ein Soldat wurde verletzt, einer starb** in der Folge eines Mörserbeschusses der Positionen der Volksmiliz im Gebiet von Logwinowo.

de.sputniknews.com: Trump erwog Luftschlag gegen russische Objekte in Syrien – US-Zeitung

Der US-Präsident Donald Trump hat eine Option behandelt, die neben dem Raketenschlag auf syrische Objekte auch Luftschläge auf russische und iranische Objekte vorgesehen hat. Darüber berichtet die Zeitung „The Wall Street Journal“ unter Verweis auf eigene Quellen. Demnach legte Mattis im Weißen Haus drei Varianten der Luftschläge vor. Die erste Variante soll Angriffe auf syrische Objekte vorgesehen haben, die mit chemischen Waffen zu tun haben sollen. Die zweite habe eine breitere Vielfalt an Zielen beinhaltet, darunter auch Kommandozentren und Forschungsobjekte, die mit Chemiewaffen in Zusammenhang stehen würden.

Die dritte Option habe unter anderem Angriffe auf die Einheiten der russischen Luftabwehr in Syrien vorgesehen. Diese Variante sei erarbeitet worden, um „das Militärpotential des syrischen Regimes zu unterminieren“, ohne „politische Mechanismen von Bashar al-Assad“ zu berühren.

Laut der Zeitung pochte Trump darauf, bei den Luftschlägen auf russische und iranische Objekte in Syrien „im Notfall an die militärische Ausrüstung von Assad heranzukommen“. Allerdings sei Verteidigungsminister James Mattis dagegen aufgetreten. Im Endergebnis habe Trump einen „hybriden Plan genehmigt“.

In der Nacht auf Samstag hatte US-Präsident Donald Trump einen Angriff auf Syrien als Vergeltung für die vermeintliche Giftgasattacke in der Stadt Duma angeordnet. Wenige Zeit später feuerten die USA, Großbritannien und Frankreich 103 Marschflugkörper sowie Luft-Boden-Raketen gegen Objekte in Syrien ab. Laut dem russischen Generalstab hat die syrische Luftabwehr 71 Marschflugkörper abgefangen.

Weder russische Militärexperten noch Ortsbewohner in Duma bestätigten eine Chemiewaffenattacke in der Stadt Duma. Der russische Präsident, Wladimir Putin, bezeichnete den Raketenangriff der drei westlichen Mächte als einen Aggressionsakt gegen einen souveränen Staat.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32028/82/320288235.jpg>

de.sputniknews.com: „Frage der Machtverhältnisse“: Politiker zu US-Einstellung über „unwürdiges“ Syrien

Der Chef des Ausschusses für Informationspolitik im russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus) Alexej Puschkow hat die jüngste Erklärung der US-Botschafterin bei der Uno Nikki Haley über Syrien kommentiert. Sie hat mitgeteilt, dass Damaskus der Verhandlungen mit Washington unwürdig ist.

„Haley hat Syrien als ‚unwürdig‘ bezeichnet, um mit den USA zu verhandeln. Zuvor war Nordkorea unwürdig. Mit einer Atombombe wurde es würdig. Eine Frage der Machtverhältnisse“, schrieb der Politiker via Twitter.

Zuvor hatte Haley gegenüber dem Sender CBS eine Möglichkeit der direkten Gespräche zwischen Damaskus und Washington abgelehnt. Sie äußerte außerdem, dass Syrien es nicht verdiene, die Möglichkeit eines direkten Dialogs mit den USA zu bekommen....

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit (Stand 16.04.18): in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 31.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Schirokaja Balka, Shelesnaja Balka, Dolomitnoje, Michajlowka, Oserjanowka), Sajzewo, Krasnyj Partisan, Krutaja Balka, Jasinowataja, Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum), Dokutschajewsk, Sachanka, Leninskoje.**

Gestern Abend wurden in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte drei Wohnhäuser in **Dokutschajewsk** beschädigt:

Zentralnaja-Straße 85, Wohnung, 32 – Verglasung beschädigt;

Watutin-Straße 13, Wohnung 44 – Balkon beschädigt;

Lenin-Straße 86, Wohnung 36 – Verglasung beschädigt.

Außerdem wurden nach genaueren Anfragen in der Folge eines Beschusses am 14.04.18 in **Jasinowataja** drei Wohnhäuser beschädigt:

Watutin-Straße 1 – beschädigt sind Verglasung, Eingangstür, Zaun;
Puschkin-Straße 3 – die Verschalung eines privaten Hauses ist beschädigt;
Puschkin-Straße 1 – Dach beschädigt.

Außerdem wurde gestern der Zentralfriedhof von Sajzewo beschossen, während dort mehr als 700 Einwohnern waren, um das Andenken ihrer Verwandten und Freunde zu ehren.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 872.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 431.

Wir erinnern, seit 00:01 (Moskauer Zeit) am 30. März 2018 trat gemäß der von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung – der „Oster“-waffenstillstand – in Kraft.

Ukrinform.ua: Ukrainisches Außenministerium fordert erneut Ende der russischen Aggression

Das Außenministerium hat Russland aufgerufen, das Völkerrecht einzuhalten und seine Aggression im Donbass zu stoppen.

Das schrieb die Sprecherin des Außenamtes Marianna Betsa auf Twitter. „Die russische Aggression im Donbass dauert an – 59 Angriffe, 2 ukrainische Armeeingehörige verletzt. Wir rufen Russland auf, das Völkerrecht einzuhalten“, so Betsa.

Die russischen Besatzungstruppen haben binnen 24 Stunden 59 Mal Stellungen der ukrainischen Armee angegriffen. Zwei Soldaten wurden verletzt.

de.sputniknews.com: Akte-X: Kreml könnte kompromittierende Daten gegen Trump haben – Ex-FBI-Chef

Der ehemalige FBI-Chef James Comey hat im Interview mit ABC News nicht ausgeschlossen, dass die russischen Behörden kompromittierende Materialien gegen den US-Präsidenten Donald Trump haben.

„Ich glaube, das ist möglich. Ich weiß es nicht“, so Comey auf die Frage, ob die Russen schädliche Informationen gegen Donald Trump haben. „Ich hätte mir nie gedacht, dass ich so etwas über einen Präsidenten der Vereinigten Staaten sage, aber das ist möglich“, so Comey weiter.

Bei jedem anderen Staatschef der USA hätte er sagen können, dass Moskau über keine Informationen dieser Art verfüge. Dieses Mal sei er sich aber nicht so sicher.

de.sputniknews.com: Andreas Maurer (Linke) im Donbass: Hass auf die Kiewer Regierung
Andreas Maurer, Russlanddeutscher und Fraktionsvorsitzender der Linken im niedersächsischen Quakenbrück hat gemeinsam mit norwegischen Politikern die nicht anerkannte Donezker Volksrepublik in der Ukraine besucht. Der Lokalpolitiker, der sich auch für die Anerkennung der Krim als Teil Russlands einsetzt, fordert Hilfe für die Menschen im Donbass.

Herr Maurer, Sie haben die selbsternannte Donezker Volksrepublik in der Ostukraine besucht. Wo sind Sie überall gewesen? Und wen haben Sie getroffen?

„Wir waren zuerst in Donezk – eine Weltstadt, eine Metropole, würde ich sagen. Wir haben direkt neben dem Stadion gewohnt. Noch 2012 wurde dort die Fußball-Europameisterschaft ausgetragen. Das war der erste Einblick. Hier findet mehr oder weniger normales Leben statt, und dann fährt man vier Kilometer weiter, zur Frontlinie, und da herrscht Krieg. Wir haben mit dem Präsidenten der Volksrepublik, Herrn Sachartschenko, gesprochen, wir haben sehr intensive Gespräche geführt hinter verschlossenen Türen. Und dann sind wir spontan mit ihm

in seinem Fahrzeug an die Frontlinie gefahren, und zwar im Bereich des alten Flughafens. Und dort, auf dem Weg zum Flughafen, haben wir komplett tote und zerschossene Stadtteile gesehen. Das war für uns ein Schock. Wir konnten fast nirgendwo aussteigen.“

Das vollständige Interview hier:

https://video.img.ria.ru/Out/MP3/20180416/2018_04_16_TIMaurerDNRRUBRIK_gyfhx5cz.pw2.mp3

dnr-news.com: „Zuerst nehmen wir Gorlowka ein“: Awakow sprach über seine Pläne, mit Hilfe der Friedenstruppen den Donbass einzunehmen

Der Innenminister der Ukraine Arsen Awakow sprach über seinen Plan, den Donbass in den Bestand der Ukraine zurückzuholen. Dies tat er in einem Interview mit „Ukrainskaja Prawda“.

Awakow nennt seinen Plan die „Taktik der kleinen Schritte, denen jeder Beifall spendet“.

Nach Meinung des Leiters des ukrainischen MdI wird es auch bei Beteiligung der UN-Friedenstruppen nicht möglich sein, sofort das gesamte Territorium des Donbass zu erobern.

„Die ‚Blauhelme‘ sind nicht ausreichend für das gesamte Territorium. Deshalb schlage ich vor, zuerst einmal nur Gorlowka oder den Nowoasowskij-Bezirk einzunehmen. Der Plan ist wie folgt: Die Friedenstruppen kommen und stehen an der Grenze der benannten Stadt Gorlowka oder des Landwirtschaftsbezirks Nowoasowsk. Sowohl die Blauhelme als auch die ukrainischen Grenztruppen nehmen sofort die Grenze zum okkupierten Gebiet unter ihre Kontrolle. In dieses in die Ukraine zurückgekehrte Gebiet kommen dann die ukrainischen Justizbehörden und führen Wahlen gemäß unseren Gesetzen durch“, erklärte er.

„Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass bei den örtlichen Wahlen in der Mehrheit der Fälle jemand mit offen proimperialen Ansichten gewählt wird. Aber aus strategischer Sicht ist das unwichtig. Die Hauptsache ist, dass eine Übergangsverwaltung gebildet wird, auf der Basis dieser neuen, nach ukrainischem Gesetz gewählten Organen und Vertretern der Staatsmacht der Ukraine. Es sollen die Zentralregierung zusammen mit den ukrainischen Polizeikräften dorthin kommen“, verdeutlichte der ukrainische Minister.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/thumbs/1523865926_1.jpg

ukrinform.ua: Ukrainische Diplomaten bereiten sich auf das schlimmste Szenario im Donbass vor

Das ukrainische Außenministerium schätze sehr hoch die Wahrscheinlichkeit, dass Russland die Ukraine vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen in Syrien angreifen könne, erklärte in einem Kommentar am Montag der stellvertretende Außenminister der Ukraine, Wasyl Bodnar.

„Hundertprozentig kann niemand über die mögliche Reaktion Russlands auf das Vorgehen der westlichen Alliierten in Syrien sagen, weil man nicht weiß, was im Kopf des Herrn Putin vorgeht. Aber man muss sich auf das Schlimmste vorbereiten. Letzte Woche (am 13. April - Red.) war ich zusammen mit dem slowakischen Amtskollegen im Osten, und wir haben gesehen, dass sich unsere Soldaten auf die Verteidigung und das schlimmste Szenario vorbereiten“, sagte Bodnar.

Er teilte mit, dass ukrainische Diplomaten nun daran arbeiten, um den Fokus der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von Ereignissen in Syrien auf die Ukraine zu rücken, in dem Sinne, dass im Osten unseres Landes ein Angriff seitens Russlands auch möglich ist.

de.sputniknews.com: Russlands Ostsee-Manöver: Schwedische Journalisten beim Lügen erwischt – Medien

Bei der Berichterstattung über die russischen Militärübungen in der Ostsee haben die schwedischen Medien Desinformationen verbreitet und für Panik unter der Bevölkerung gesorgt, schreibt die Zeitung „Blekinge Läns Tidning“.

Man hätte zum Beispiel Artikel mit der Überschrift „Hier bereitet sich Russland auf einen großen Krieg in der Ostsee vor“ sehen können, so „Blekinge Läns Tidning“. Der Höhepunkt dieser Informationspolitik sei eine Umfrage eines Senders zu dem Thema geworden, wie es den Schweden während des Manövers gehe.

Außerdem hätten die schwedischen Medien falsche Informationen verbreitet, wonach Russland 15 Kilometer von der schwedischen Küste entfernt Übungen durchgeführt haben soll. Dies hätte bedeutet, schreibt die Zeitung weiter, dass das Manöver auf dem schwedischen Territorium durchgeführt worden wäre, das sich nach der Küste über 22 Kilometer erstrecke. „Blekinge Läns Tidning“ merkt an, die Übungen seien regelmäßig und nicht großangelegt gewesen, was keinen Anlass für eine Hysterie gebe.

Russland hatte von 4. bis 6. April im südlichen Teil der Ostsee Schießübungen durchgeführt. Vor diesem Hintergrund hatten die schwedischen Behörden zivile Schiffe vor einer möglichen Gefahr in bestimmten Zonen gewarnt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32035/34/320353481.jpg>

de.sputniknews.com: **Bundesminister Maas: So wird die Entscheidung zu Syrien getroffen**

Bundesaußenminister Heiko Maas hat beim Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg am Montag eine Regelung des Konflikts in Syrien unter Bashar al-Assad ausgeschlossen.

Die Entscheidung werde „mit all denen getroffen, die Einfluss in der Region haben“, zitierten deutsche Medien Maas am Montag.

„Dass jemand, der Chemiewaffen gegen seine Bevölkerung einsetzt, ein Teil dieser Lösung sein kann, das kann sich wohl niemand vorstellen“, zitiert die „Zeit“ den Minister...

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Vormittag

Heute Morgen wurden Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus vier Richtungen festgestellt:

02:30 – aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje**, es wurden 7 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen;

06:40 – aus Richtung Nowoluganskoje auf **Dolomitnoje**, es wurden 3 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 2 Antipanzerlenkraketen abgeschossen;

07:00 – aus Richtung Leninskoje auf das **Gagarin-Bergwerk**, es wurden 3 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen, es werden großkalibrige und Schusswaffen verwendet;

08:55 – aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk**, es wurden 4 Granatgeschosse mit Antipanzerhandgranatwerfern und 29 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem werden Schusswaffen verwendet.

Der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk** geht weiter, es wurden 4 weitere Granatgeschosse mit Antipanzerhandgranatwerfern abgeschossen.

10:50 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Sajzewo Sewernoje auf **Sajzewo Jushnoje** eröffnet, es wurden zwei Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen, außerdem werden Schusswaffen verwendet.

de.sputniknews.com: Falscher Vorwand, falsche Rechtsgrundlage: Russische Botschaft zu Angriff auf Syrien

Die Luftschläge von den USA, Großbritannien und Frankreich auf Syrien sind nicht nur unter falschem Vorwand durchgeführt, sondern auch mit einer falschen Rechtsgrundlage argumentiert worden. Diese Auffassung äußerte die russische Botschaft in London in einer auf ihrer Webseite veröffentlichten Mitteilung des Pressedienstes.

„Heute hat der britische Außenminister, Boris Johnson, zugegeben, dass es bei den Luftschlägen (gegen Syrien — Anm. d. Red.) nicht darum ging, Menschenleben zu retten oder Präsident Assad von chemischen Attacken abzuhalten. Sie (die Bombardements) sollten einfach als eine „Botschaft“ gesehen werden“, heißt es in der Mitteilung.

„Überlassen wir die rechtlichen Details den Anwälten. Aber man braucht kein tiefes Fachwissen, um zu sehen, dass wir es mit einem Angriff unter einem falschen Vorwand, einer falschen Rechtsgrundlage und einem falschen Ergebnis zu tun haben“.

Die russische Botschaft warf den westlichen Ländern Heuchelei vor. Denn deren Attacke sei gerade dann unternommen worden, als verschiedene politische Kräfte versucht hätten den langjährigen Konflikt zu regeln und Experten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen in Syrien eingetroffen seien.

„Die Weltgemeinschaft ist nicht davon überzeugt, dass es tatsächlich zu einer chemischen Attacke in Duma gekommen ist und will die Ergebnisse der laufenden OPCW-Ermittlung sehen. Wenn internationale Beobachter nach Damaskus kommen, wenn die syrische

Regierung und große Teile der Opposition versuchen, ein Verfassungskomitee zur Einstellung des Krieges zu schaffen, ist es zumindest heuchlerisch, zu sagen: „Es gibt keine praktikable Alternative zur Gewaltanwendung, wenn damit Leben gerettet werden können“, so die russische Botschaft.

Die russische Botschaft verwies darauf, dass das Völkerrecht die Anwendung von Gewalt nur zur Selbstverteidigung oder im Rahmen eines Mandats des UN-Sicherheitsrates ermöglicht. Die in den 90er Jahren im Westen aktiv geförderte Konzeption der „humanitären Intervention“ sei von der internationalen Gemeinschaft abgelehnt worden und könne nicht als Rechtsgrundlage für Gewaltanwendung dienen.

„Die Tatsache, dass Großbritannien auf die „humanitärer Intervention“ verweist, ist daher eine direkte Anerkennung der Rechtswidrigkeit der Luftangriffe“

de.sputniknews.com: Trump wütend auf EU: Zu wenig russische Diplomaten ausgewiesen
US-Präsident Donald Trump ist wütend geworden als er erfahren hat, dass Frankreich und Deutschland je vier russische Diplomaten ausgewiesen haben, während es bei den USA 60 Personen waren. Das schreibt die Zeitung „The Washington Post“ am Montag.

Trumps Berater sollen ihm noch am 24. März einen Aktionsplan vorgelegt haben, laut dem die USA „fast genauso viele russische Botschafter wie ihre europäischen Verbündeten ausweisen sollten“. Der Zeitung zufolge meinten die Europäer damit die Gesamtzahl der Diplomaten. Trump soll jedoch gedacht haben, dass die Zahl für jedes einzelne EU-Land gelte und in Rage geraten sein.

Laut hochrangigen Beamten, auf die sich die Zeitung beruft, begann Trump seine Berater mit Schimpfwörtern zu beleidigen und zu schreien, dass ihn die „Gesamtzahl“ nicht interessiere und seine Administration nun die härteste Position gegenüber Russland vertrete.

Ende März haben westliche Länder im Zuge des Skandals um die angebliche Vergiftung des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter insgesamt knapp 150 russische Diplomaten ausgewiesen. Russland hat mit ähnlichen Gegenschritten reagiert...



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32035/42/320354249.jpg>

ukrinform.ua: Linkevičius: EU kann Russland-Sanktionen verschärfen

Die EU kann die Sanktionen gegen Russland verschärfen. Das erklärte der litauische Außenminister, Linas Linkevičius, vor dem Treffen der EU-Außenminister am Montag in Luxemburg, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

„Ich schließe das nicht aus. Es geht aber nicht nur um die Sanktionen gegen Handlungen (Russlands – Red.) in Syrien, sondern auch wegen fehlender Fortschritte bei „Minsk“, sagte Linkevičius. Er betonte weiter, die Sanktionen müssen in der Zukunft um 12 statt sechs Monate verlängert werden.

nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt.**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte **in Richtung Donezk** die Gebiete von **fünf Ortschaften** beschossen. Der Feind hat 54 Mörsergeschosse verschiedenen Kalibers abgeschossen und außerdem mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Gorlowka wurden die Gebiete von **sechs Ortschaften** barbarisch beschossen.

Während des Beschusses hat der Feind 100mm-Artillerie verwendet und neun Geschosse abgeschossen. Außerdem schoss er mit Mörsern und hat 35 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem hat er Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

In Richtung Mariupol hat der Feind die Gebiete von **Leninskoje und Sachanka** beschossen und 14 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen und außerdem verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt haben die ukrainischen Banden in den letzten 24 Stunden den „Osterwaffenstillstand“ **31 Mal** verletzt.

Im Verlauf eines Beschusses von Dokutschajewsk sind acht Wohnungen in Mehrparteienwohnhäusern in der Lenin-, der Watutin- und der Zentralnaja-Straße beschädigt worden.

Nach genaueren Informationen wurden in der Folge eines Beschusses am 14. April drei Wohnungen in Wohnhäusern in Jasinowataja beschädigt. Wieder **beschießen die ukrainischen Kämpfer willkürlich Wohnhäuser.**

Gestern, als friedliche Einwohner von Gorlowka auf den **Friedhof von Sajzewo** kamen, um am Totensonntag ihrer Verstorbenen zu gedenken, hat der Feind mit automatischen Granatwerfern geschossen. Besonders möchte ich unterstreichen, dass die **Feuerleitung mit Hilfe einer „Drohne“** erfolgte, die nach Abschluss des Beschusses auf das von den ukrainischen Streitkräften kontrollierte Territorium verschwand.

Dies geschah um 12 Uhr mittags, als sich etwa 700 Menschen auf dem Friedhof befanden.

Die Menschen konnten sich in Sicherheit bringen und niemand wurde verletzt. Der Beschuss des Friedhofs erfolgte von den Positionen der 24. Brigade aus mit Granatwerfern.

Es ist bemerkenswert, dass der Schlag kurze Zeit nach der Übergabe der Leiche des Fähnrichs der 24. Brigade Majboroda am Kontroll- und Passierpunkt „Marjinka“ erfolgte. Der ukrainische Kämpfer starb einen qualvollen Tod, weil seine Kameraden nach einem erfolglosen Versuch, auf das Territorium der DVR einzudringen, schändlich vom Kampffeld flohen. Sie ließen den Verletzten zum Verbluten zurück. Dieser Fall ist ein deutliches Beispiel für die Kampfbruderschaft in der ukrainischen Armee, die nach den NATO-Standards immer öfter ihre verletzten Kameraden auf dem Kampffeld zurücklässt, um sie qualvoll sterben zu lassen.

Unsere Aufklärung hat Informationen über die Ankunft einer Gruppe von Soldaten aus NATO-Ländern im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppe „Donezk“ erhalten, angeblich um sich mit der Lage in der Zone der sogenannten „ATO“ bekannt zu machen.

Außerdem wurden von führenden Massenmedien der Ukraine und einigen westlichen Staaten eilig Gruppen von Journalisten dorthin geschickt.

Wir schließen nicht aus, dass die ukrainischen Besatzer in den nächsten Tagen provokative Beschüsse unserer Ortschaften sowie inszenierte Beschüsse ihrer eigenen Positionen vornehmen werden, um unsere Streitkräfte in den Augen der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren und „unwiderlegbar“ Beweise für eine Aggression von Seiten unserer Republik für die eingetroffenen NATO-Vertreter zu produzieren. Diese Handlungen werden traditionsgemäß inszeniert, um weitere finanzielle und militärische Unterstützung von westlichen Staaten zu erbetteln, damit diese in der Folge von ukrainischen Beamten gestohlen werden.

Wir warnen gleich, dass unsere Republik auf diese Provokationen nicht eingehen und den Waffenstillstand weiter einhalten wird.

Wir hoffen, dass die Weltgemeinschaft die Fälle von Provokation nicht unbemerkt lassen und das gemeine Wesen der ukrainischen Seite bestätigen wird, die es ihren amerikanischen Herren gleichtut, die das internationale Recht ignorieren und offen den Terrorismus unterstützen.

de.sputniknews.com: Ausweitung von Russland-Sanktionen: Außenministerium über „hemmungslose“ US-Politik

Moskau hält die Politik Washingtons zur Ausweitung von Sanktionen in alle Richtungen für „hemmungslos“, wie der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow gegenüber Sputnik erklärte.

„Wir besprechen die Thematik der Funktion der Weltmärkte unter den Bedingungen einer hemmungslosen Ausweitung der US-Sanktionen in alle Richtungen und in Bezug auf viele Länder mit Kollegen aus den BRICS-Staaten und der G20-Gruppe und auf bilateraler Basis mit vielen anderen Ländern“, so Rjabkow.

In Moskau beobachte man, wie „viele Teilnehmer der internationalen Gemeinschaft den Mechanismus der Funktion ihrer Wirtschaftssysteme und ihrer Wirtschaftsbetreiber unter Sanktionsdruck in Einklang gebracht haben“.

In Bezug auf die Frage über die Minderung der Abhängigkeit vom US-Dollar sagte Rjabkow: „Natürlich wird die Thematik, die mit dem Missbrauch des Status sowie des Dollars als führende Reservewährung vonseiten der USA verbunden ist behandelt. Aber ich denke nicht, dass es nun richtig wäre, auf Einzelheiten einzugehen, weil die Details unter Bedingungen einer unverhohlenen wirtschaftlichen Aggression gegen Russland zu unserem Nachteil verwandelt werden können...“

In einem Interview mit dem Nachrichtensender „CBS News“ hatte die UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, die Verschärfung der Sanktionen gegen Russland versprochen. Diese Sanktionen werden demnach direkt gegen die Unternehmen gerichtet werden, die Ausrüstung und Technologien liefern, die im Zusammenhang mit dem Einsatz der Chemiewaffen durch (den syrischen Präsidenten) Assad stehen.

Zuvor hatte der Westen Damaskus die Giftgasattacke in der Stadt Duma im syrischen Ost-Ghuta vorgeworfen. Moskau hatte die Informationen über eine Chlorbombe, die angeblich die syrischen Regierungstruppen abgeworfen hatten, dementiert. Das russische Außenministerium hatte erklärt, das Ziel der Desinformationen über einen angeblichen C-Waffen-Einsatz in Syrien sei es, die Terroristen reinzuwaschen und mögliche Militärschläge vom Außen zu rechtfertigen.

Am 5. April hatte das Finanzministerium der USA gegen russische Magnaten, ranghohe Staatsbeamte und Top-Manager sowie gegen die von ihnen kontrollierten Unternehmen neue Sanktionen verhängt.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich **heftig verschärft**. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen trotz des „Osterwaffenstillstands“ sechsmal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten der Ortschaften **Kalinowka, Sansharowka und Logwinowo**. Die ukrainischen Strafruppen haben beim Beschuss 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden 186 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die verbrecherische Kiewer Regierung hat ein weiteres Mal ihre gemeine Absicht, den Konflikt im Donbass ausschließlich auf gewaltsamem und blutigem Weg zu lösen, demonstriert. So hat das unfähige ukrainische Kommando gestern einen weiteren verbrecherischen Befehl zur Eröffnung des Feuers auf unser Territorium gegeben und dabei von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen verwendet und so den am 30. März unterzeichneten „Osterwaffenstillstand“ endgültig zum Scheitern gebracht und auf die Minsker Vereinbarungen gespuckt.

In der Folge des Beschusses unserer Positionen mit einem Mörser des Kalibers 120mm **starb ein Soldat der Volksmiliz der LVR; ein weiterer wurde schwer verletzt**.

Ich will anmerken, dass seit Beginn des „Osterwaffenstillstands“, also **seit dem 30. März bis heute**, die ukrainischen Streitkräfte **mehr als 700 Mörser- und Artilleriegeschosse** auf das Territorium unserer Republik abgeschossen haben. Die Aggression der ukrainischen Kämpfer hat **zwei Soldaten der Volksmiliz der LVR das Leben gekostet, weitere neun wurden verletzt**.

Der moralisch-psychische Zustand der Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte bleibt auf äußerst niedrigem Niveau, was die Vergrößerung der Zahl nicht kampfbedingter Verluste befördert. So starb am 14. April bei der Durchführung von Schießübungen in einer der Einheiten der 54. mechanisierten Brigade in der Folge der Detonation einer RGD-5-Granate ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte, zwei weitere wurden verletzt.

Wir stellen weiter ein **Anwachsen der Zahl von Desertionen** von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone fest. Am 12. April hat ein Soldat der 10. Gebirgstruppebrigade im Gebiet von Popasnaja trotz der begonnenen Rotationsmaßnahmen den Truppenteil eigenmächtig verlassen und seine Waffe, ein AK-74, mit einem vollem Munitionssatz mitgenommen. Der Aufenthaltsort des Flüchtling ist unbekannt, die Suche läuft.

Wahrscheinlich wurde die Flucht des Soldaten nur aufgrund der beginnenden Rotation entdeckt. Sonst hätte das Kommando davon nicht erfahren.

Die Einheiten der Volksmiliz der LVR tun ununterbrochen militärischen Dienst, führen Maßnahmen zur militärischen Ausbildung durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten. Außerdem läuft die Vorbereitung zur Parade am 9. Mai.

de.sputniknews.com: IS-Angriff auf Wohnviertel von Damaskus – Toter und Verletzte
Bei einem Minenwerfer-Beschuss von Wohnvierteln in Damaskus durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“* ist ein Kind getötet worden. Zudem gibt es mehrere Verletzte. Dies meldete die Nachrichtenagentur Sana unter Verweis auf ihre Quelle in der syrischen Polizei. Laut der Quelle feuerten die in dem Flüchtlingslager Jarmuk stationierten Terrorgruppierungen am Sonntagmittag die sieben Minenwerfer-Geschosse ab, die auf Wohnvierteln in dem Stadtbezirk al-Jamiyat gefallen sind. Dabei sei ein Kind ums Leben gekommen und neun Personen sollen verletzt worden sein. Des Weiteren soll es große materielle Schäden geben.

Zuvor hatte der Chef des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Generalmajor Juri Jewtuschenko, mitgeteilt, dass bei dem Angriff vier Personen, darunter

auch Kleinkinder, verletzt worden seien.

Das Flüchtlingslager Jarmuk, in dem zurzeit etwa 18.000 Menschen leben, war 1957 im südlichen Vorort von Damaskus zur Unterbringung palästinensischer Flüchtlinge geschaffen worden. Anfang 2015 hatten Extremisten von der Terrormiliz „Islamischer Staat“* den Großteil des Lagers erobert. Seitdem wurden Zusammenstöße zwischen den IS-Anhängern einerseits und der Terrorgruppierung „Dschebhat an-Nusra“ sowie der mit ihr verbündeten Gruppe „Al-Buraq“ andererseits wesentlich häufiger.

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Nachmittag

14:20 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Sajzewo Sewernoje auf **Sajzewo Jushnoje** eröffnet, es werden Scharfschützen- und Schusswaffen verwendet.

14:35 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk** mit Mörsern des Kalibers 82mm (2 Mörsergeschosse), automatischen Granatwerfern (29 Granatgeschosse), Schützenpanzern (10 Schüsse), Antipanzerhandgranatwerfern (4 Granatgeschosse) eröffnet.

15:40 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Mörserfeuer aus Richtung Bogdanowka auf **Petrowskoje** mit Mörsern des Kalibers 82mm (6 Mörsergeschosse) eröffnet.

15:35 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus zwei Richtungen auf Leninskoje eröffnet:

aus Richtung Lebedinskoje auf **Leninskoje**: es wurden 2 Granate mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen;

aus Richtung Schirokeino auf **Leninskoje**: es wurde ein Antipanzerlenkrakete abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte schießen weiter aus zwei Richtungen:

- aus Richtung Bogdanowka auf **Petrowskoje**: es wurden weitere 9 Mörsergeschosse abgeschossen, davon 3 des Kalibers 120mm und 6 des Kalibers 82mm;

- aus Richtung Schirokeino auf **Leninskoje**: es wurden weitere 7 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte schießen aus Richtung Schirokeino auf **Leninskoje**. Insgesamt wurden 9 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 1 Antipanzerlenkrakete abgeschossen.

de.sputniknews.com: Was verhindert Sendung von OPCW-Mission nach Duma? Russlands Außenministerium erklärt

Die Auswirkungen des Angriffs der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf Syrien verhindern die Entsendung von OPCW-Experten an den Ort der mutmaßlichen Giftgasattacke in der syrischen Stadt Duma. Dies teilte der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow mit.

„Alles hakte an der fehlenden Abstimmung mit dem Sicherheitsdepartement des UN-Sekretariats, das die Abreise an den Ort in Duma genehmigen sollte. Deshalb behindern die Auswirkungen der illegalen und rechtswidrigen bewaffneten Aktion, die Großbritannien mit einer Reihe von anderen Ländern in der Nacht auf Samstag durchgeführt hatte, die baldige Lösung dieser Frage“, sagte er.

Die weiteren Vorwürfe von London gegenüber Russland würden sich im Rahmen „der Stilistik des heutigen Londons“ bewegen, „alles auf Moskau abzuwälzen und uns gewisse Handlungen nachzusagen, mit denen wir nicht zu tun haben“, so Rjabkow.

„Derweil gibt das Sicherheitsdepartement des UN-Sekretariats keine Zustimmung für die Reise der OPCW-Experten an den Ort des mutmaßlichen Vorfalls (mit dem angeblichen Einsatz von Chemiewaffen in der Stadt Duma — Anm. d. Red.). Das heißt, die Sicherheitslage dort ist nicht in Ordnung“, betonte Rjabkow....

Av-zakharchenko.su: Heute, am 16. April, hat das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko ein Arbeitstreffen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DVR, dem Minister für Einnahmen und Abgaben Alexandr Timofejew und der Leiterin des Zentralen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Natalja Wolkowa durchgeführt. Hauptfragen waren die Anfragen von Landwirten, die im Rahmen der Ausarbeitung der Entwicklungsstrategie der Republik „Kraft des Donbass“ eingegangen sind.

„Heute müssen wir die Entscheidungen erörtern, die getroffen werden müssen, um die Arbeit der landwirtschaftlichen Produzenten zu erleichtern und um die Qualität der Arbeit dieses für das Land wichtigen Bereichs zu verbessern“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Gemäß dem Bericht von Natalja Wolkowa wurden im Rahmen der Erörterung der Entwicklungsstrategie der Republik eine Reihe von Treffen mit Landwirten aller landwirtschaftlichen Bezirke der Republik durchgeführt. Fast alle Bitten der Landwirte betrafen Steuererleichterungen.

Alexandr Timofejew unterstrich, dass alle Fragen, die im Rahmen der allgemeinen Erörterung eingegangen sind, von Spezialisten bearbeitet wurden. Entscheidungen zu globalen Fragen wurden getroffen.

„Erstens ist das die Möglichkeit, 100% der Kosten für beschaffte Technik und Ersatzteile in die Ausgaben aufzunehmen. Das heißt, beim Kauf von Spezialtechnik durch landwirtschaftliche Betriebe wird die Steuerbehörde diese Ausgaben berücksichtigen, entsprechend werden die Einnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe, aus denen die Steuern bezahlt werden, verringert werden. Wir meinen, dass die Republik zu dieser Frage bereits eine positive Entscheidung treffen kann. Aber dafür müssen Änderungen in der Steuergesetzgebung der Republik erfolgen.

Was die Zollabgaben betrifft, so führen wir eine Zollabgabe von Null auf Ersatzkäufe bei der Technik, Dünger, Pestizide, Saatgut und auf Ersatzteile zur Reparatur von Spezialtechnik ein. Diese Änderungen betreffen nur den Endnutzer, den landwirtschaftlichen Produzenten“, sagte Alexandr Timofejew.

Das Republikoberhaupt wies auch an, die Frage der Versorgung der landwirtschaftlichen Betriebe mit ermäßigtem Treibstoff zu bearbeiten.

„Wir können für die Landwirte über staatliche Unternehmen eine bestimmte Menge an Treibstoff beschaffen, auf den auch keinerlei Zollgebühren entfallen. So werden wir kontrollieren können, dass es keine Spekulation mit Treibstoff gibt und unseren landwirtschaftlichen Produzenten helfen“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Das Republikoberhaupt rief die Landwirte auf, auf gegenseitige Zugeständnisse einzugehen und die Position des Staates zu akzeptieren.

„Während des Treffens mit den Landwirten wurde die Frage eines Übergangs von einer quartalsweisen zu einer jährlichen Rechenschaftslegung aufgeworfen. Ich meine, dass das nicht zielführend ist. Bei uns in der Republik gibt es einen quartalsweisen Haushalt, deshalb muss auch die Rechenschaftslegung quartalsweise erfolgen. Man muss darüber nicht spekulieren. Mit diesem Haushalt lebt das ganze Land, deshalb kann keine Ausnahme für eine Branche gemacht werden“, unterstrich er.

„Die Landwirtschaft ist eine grundlegende Branche, die jetzt große Aufmerksamkeit erfordert. Wir müssen den landwirtschaftlichen Komplex unterstützen. Ich bin überzeugt, dass die fehlenden Einnahmen bei den Steuern leicht durch die Entwicklung der Landwirtschaft kompensiert werden“, sagte das Republikoberhaupt.

de.sputniknews.com: Mahnruf aus China: Syrien-Schlag belastet Friedenssuche mit Nordkorea

Der Raketenangriff der West-Koalition gegen Syrien destabilisiert nicht nur den Nahen Osten. Die Attacke erschüttert auch das bisschen Vertrauen, das die Völkergemeinschaft zu den USA

noch hatte, und erschwert die anstehenden Verhandlungen mit Pjöngjang. Chinesische Zeitungen kommentieren.

Ein ganz schlechtes Signal sei der Angriff, mahnt die Zeitung „China Daily“. Die Attacke der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegen Syrien zeige, dass eine Weltmacht an der UNO vorbei Gewalt einsetzen könne – und zwar gegen jeden Staat, der ihr missfalle.

„Als Vorwand für den Angriff diente die C-Waffen-Attacke in der Stadt Duma, die die syrische Regierung mehrmals abgestritten hat. Die Angriffe haben begonnen, bevor die OVCW-Mission anfangen konnte, die Umstände des Vorfalls zu klären. Warum haben die USA und ihre Verbündeten die Ergebnisse der Ermittlungen nicht abgewartet?“ so das Blatt. Dies erinnere an den Überfall auf den Irak 2003. Auch damals hätten chemische Massenvernichtungswaffen als Vorwand hergehalten. C-Waffen seien bei Saddam Hussein zwar nie gefunden worden, „der entfesselte Krieg führte aber zur Instabilität in Irak und zum Ausbruch des Terrorismus“. Die Zeitung betont: „Die USA und ihre Verbündeten müssen das irakische Volk und die ganze Welt um Entschuldigung bitten.“

Überhaupt sind die syrischen Regierungstruppen laut dem Blatt derzeit in einer überlegenen Position und haben deshalb keinen Anlass, chemische Waffen einzusetzen.

Das „grobe Vorgehen“ der USA und ihrer Verbündeten richtet jedenfalls nicht nur in Syrien großen Schaden an: Auch auf den Friedensprozess auf der koreanischen Halbinsel wirkt sich der Raketenangriff „sehr negativ“ aus. Die nordkoreanische Führung habe nun allen Grund, „die Verfügbarkeit von Atomwaffen als einzig mögliche Sicherheitsgarantie vor den Militärschlägen der USA und ihrer Verbündeten zu betrachten“, schreibt „China Daily“.

„Der sinnlose Syrien-Schlag ist ein Akt der Schande“, titelt eine andere Zeitung aus China, die „Global Times“. Die USA würden die Auswirkungen ihres sinnlosen Gewalteinsatzes „dramatisch unterschätzen“, so das Blatt. Der Raketenanschlag schüre nur Hass und den Glauben daran, „dass nur der Einsatz von Gewalt eine Alternative bei der Regulierung von Konflikten sein kann“. Man ahne inzwischen, „dass der Syrien-Schlag negative Auswirkungen auf die anstehenden Verhandlungen der beiden Koreas und die Gespräche zwischen Trump und Kim haben werden“.

Es sei ein Wesenszug der Trump-Regierung: „Willkür und Unvernunft – als ob die allmächtigen USA alles tun könnten, was sie wollten“, schreibt „Global Times“. Und auch diese Zeitung zweifelt daran, dass die syrische Regierung einen triftigen Grund hatte, Giftgas einzusetzen.

Vielleicht hätten Trump und sein Team keine Ahnung, was sie in Syrien eigentlich wollen, so das Blatt. „Sie wollen die Kraft der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten demonstrieren, ihre potentiellen Gegner warnen und die Geschlossenheit des Westens stärken.“ Doch: „Ohne ein UN-Mandat verhalten sich die USA, Großbritannien und Frankreich wie Gangster. Welche rührenden Ausreden sie auch benutzen mögen, an der Tatsache, dass sie Syrien ohne einen einzigen Beweis gelyncht haben, ändert das nichts.“

Die chinesische Agentur „Xinhua“ schreibt, dass die USA in Syrien handeln mussten: „Die Regierungstruppen haben durch die US-unterstützten Antiregierungskräfte keine Niederlage erlitten. Mehr noch: Die Armee hat die Initiative auf dem Schlachtfeld an sich gerissen. Die USA wollen nicht, dass die Assad-Regierung weitere Siege erringt und ihre politische Position festigt.“ Washington folge im Nahen Osten einer Strategie, der nach alle vernichtet werden müssen, die anders seien als die USA – allen voran „Russland und Iran“, so „Xinhua“.

Av-zakharchenko.su: Heute, am 16. April, wies Alexandr Sachartschenko auf einer Besprechung mit den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats an, eine Sitzung des Präsidiums des Ministerrats der DVR durchzuführen, auf dem die Abschaffung der Zollgebühren auf importierte Waren, die in der LVR produziert wurden, rechtlich geregelt wird.

Alexandr Timofejew, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, Minister für Einnahmen

und Abgaben legte über die getane Arbeit der gemeinsamen Kommission der zwei Republiken zur Regelung der Gesetzgebung der DVR und der LVR im Steuer- und Zollbereich sowie über die Schaffung einer „grünen Karte“ Rechenschaft ab.

Nach den Worten Alexandr Timofejews ist die Arbeit der Kommission inzwischen praktisch abgeschlossen. Die Normen der Zollregelungen der DVR und der LVR wurden in Übereinstimmung gebracht.

„Die Synchronisierung der normativ-rechtlichen Basis erlaubt es, die Zollgebühren auf Waren, die in der LVR produziert werden und auf unser Territorium importiert werden, abzuschaffen. Dazu weise ich heute an, eine Sitzung des Präsidiums des Ministerrats durchzuführen, um diese Normen der Gesetzgebung entsprechend festzulegen. Faktisch beseitigen wir die Zollgrenzen zwischen den Republiken, wie es bei meinem Treffen mit dem Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik vereinbart wurde“, sagte Alexandr Sachartschenko.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/thumbs/1523876301_133242424.jpg

de.sputniknews.com: Syrische Flugabwehrsysteme viel klüger als Trumps Raketen – Assads Beraterin

Die syrischen Flugabwehrsysteme sind laut Bouthaina Shaaban, Beraterin von Syriens Präsident Baschar al-Assad, bei dem jüngsten Angriff gegen die Arabische Republik klüger als die Raketen der USA und deren Verbündeten gewesen. Ihre Aussagen zitiert der TV-Sender „Press TV“.

„Der wichtigste Fakt, den wir dokumentieren sollten, besteht darin, dass seine Raketen (von US-Präsident Donald Trump – Anm. d. Red.) nicht so klug und präzise sind, und dass die syrischen Flugabwehrsysteme gezeigt haben, dass sie viel klüger und präziser als seine Raketen sind“, sagte sie.

Die Beraterin betonte dabei, dass die Angriffe der westlichen Koalition die Syrer nicht eingeschüchtert hätten.

„Anstatt in Deckung zu gehen, sind sie auf die Dächer gegangen, um zu beobachten, wie die syrischen Streitkräfte eine Menge von Trumps Raketen abfangen, bevor diese ihre Ziele erreichen konnten“, sagte sie weiter...

Dnr-online.ru: Heute, am 16. April wurde **Dokutschajewsk** zweimal von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen, in der Folge wurden acht Wohnhäuser und eine Tankstelle beschädigt, teilte die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben die ukrainischen Truppen am Morgen das Feuer aus Richtung Nowotroizkoje auf Dokutschajewsk mit Granatwerfern, großkalibrigen und Schusswaffen eröffnet. In der Folge wurden vier Wohnhäuser beschädigt:

4 Häuser in der Lenin-Straße, Fenster wurden beschädigt, 1 Haus in der Watutin-Straße, Fenster wurden beschädigt.

Um 14:35 hat die ukrainischen Streitkräfte wieder das Feuer mit Mörsern des Kalibers 82mm, Schützenpanzern, Granatwerfern auf Dokutschajewsk eröffnet, in der Folge wurden weitere vier Häuser und eine Tankstelle beschädigt:

4 Häuser in der Tschapajew-Straße, bei allen wurden Fenster beschädigt, in zwei Fällen Zäune und in einem ein Tor. In der Watutin-Straße 24 wurde eine Tankstelle getroffen.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: OPCW-Mission in Syrien: Russlands Vertretung erhebt Vorwürfe gegen USA

Die ständige Vertretung Russlands bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) hat den USA den Versuch vorgeworfen, die Glaubwürdigkeit der OPCW-Untersuchungsmission in Syrien zu untergraben.

„Die USA versuchen, die Glaubwürdigkeit der OPCW-Untersuchungsmission in Syrien zu untergraben, bevor sie in Duma eintrifft. Russland bekräftigt seine Verpflichtung, die Sicherheit der Mission zu gewährleisten, und wird sich in deren Arbeit nicht einmischen“, heißt es in einer Mitteilung auf Twitter.

Am Montag findet im OPCW-Hauptsitz in Den Haag eine Sondersitzung des Exekutivrates der Organisation zur Lage in Syrien statt.

Am Samstagmorgen hatten die USA, Großbritannien und Frankreich Raketenangriffe auf syrische Regierungsobjekte geflogen, die vermeintlich für die Herstellung von C-Waffen genutzt werden. Von 2:42 Uhr bis 4:10 Uhr MESZ hatten die drei Staaten mehr als 100 Marschflugkörper und Luft-Boden-Raketen gegen Syrien eingesetzt. Die meisten davon wurden von den syrischen Luftabwehrkräften abgeschossen. Die russischen Streitkräfte beteiligten sich nicht daran, überwachten jedoch alle Raketenstarts.

Der angebliche chemische Angriff, der als Vorwand für die Schläge gedient hatte, wurde weder von den russischen Militärexperten noch von den Bewohnern der Stadt Duma bestätigt. Das offizielle Damaskus beteuert, es habe niemals C-Waffen gegen Zivilisten oder Terroristen eingesetzt. Das ganze C-Waffen-Arsenal sei unter der Kontrolle der OPCW abtransportiert worden.

Dan-news.info: „**Vom 10. bis 16. April** haben die ukrainischen Streitkräfte 3744 Geschosse auf das Territorium der DVR abgeschossen, das sind 16,63 Tonnen oder 283,8 Kisten“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Insgesamt wurden im genannten Zeitraum **170 Verletzungen des „Oster“-waffenstillstands** von Seiten ukrainischen Soldaten festgestellt. In der Folge wurden **acht friedliche Einwohner verletzt**, es wurden **61 Häuser und drei Infrastrukturobjekte beschädigt**.

Ukrinform.ua: EU und Deutschland sprechen sich für weiteren Gastransit durch die Ukraine aus

Die EU und Deutschland versprechen, den Gastransit durch die Ukraine auch nach dem Bau

der Pipeline Nord Stream 2 zu garantieren.

Das erklärten der deutsche Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, und Vizepräsident der Europäischen Kommission für die Energieunion Maros Sefcovic am Montag in Berlin, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform in Deutschland.

Nach Worten von Sefcovic habe die Ukraine in den letzten Jahren den reibungslosen Gastransit in Höhe von 97 Milliarden Kubikmetern gewährleistet. Das sei ein neuer Rekord. „Das bestätigt, dass der Transit gut funktioniert, dass er eine strategische Bedeutung nicht nur für so ein großes Land wie die Ukraine, sondern auch für Zentral- und Osteuropa hat. Unsere Priorität ist es alles zu tun, damit den Transit weiter fortgesetzt wird“, sagte Sefcovic. Der Politiker begrüßte auch in diesem Zusammenhang die Erklärung von Angela Merkel. Er bedankte sich bei der Bunkerkanzlerin für ihre Hilfe bei den Gesprächen zwischen der Ukraine, Russland und EU bezüglich der Gewährleistung des Gastransits. Sefcovic zufolge ist für die EU wichtig, dass die Gaspipeline Nord Stream 2 gemäß den für alle Projekte in der EU geltenden Normen gebaut werde. Alle Probleme könnten während der Verhandlungen geregelt werden, betonte er. Sefcovic erinnerte daran, dass der Gasvertrag zwischen der Ukraine und Russland 2019 ausläuft. Deswegen rief er auf, die Ukrainer, Russen und die Europäische Kommission anzuspornen, mithilfe von Gipfeltreffen alle Meinungsverschiedenheiten zu überwinden.

Peter Altmaier sagte, dass Nord Stream 2 einen starken politischen Kontext habe. Deutschland mache, gemeinsam mit der EU, alles Mögliche, damit die Ukraine in den letzten Jahren Erdgas erhalten konnte, sagte er. Es gehe nicht nur um den Gastransit, sondern auch um Reverse-Flow-Lieferungen. Im Zusammenhang mit der Erklärung von Merkel betonte der Minister, dass Deutschland sich einerseits um die Umsetzung der Gaspipeline, andererseits um die Berücksichtigung der ukrainischen Interessen bemüht. Das Ziel sei die Erhaltung der Souveränität der Ukraine. Eine sichere Energieversorgung gehört dazu, so Altmaier. Zuvor erklärte Altmaier in einem Interview für die „Bild“-Zeitung, dass das Projekt Nord Stream 2 in erster Linie ein Gas-Pipeline-Projekt von Unternehmen ist. Die Bundesregierung werde aber "ganz sicher auch die Interessen der Ukraine berücksichtigen".

de.sputniknews.com: **Mehr als Hälfte der Deutschen gegen Syrien-Luftschläge des Westens**

Die Bundesregierung hat den Raketenangriff der USA, Frankreichs und Großbritanniens auf Ziele in Syrien als erforderlich und angemessen gerechtfertigt. Laut einer SPON-Umfrage sieht die deutsche Bevölkerung das Vorgehen des Westens allerdings anders. Die Umfrageergebnisse wurden vom Spiegel vorgelegt.

Wie eine aktuelle Umfrage des Spiegels und des Meinungsforschungsinstituts Civey veranschaulicht, lehnen 59,9 Prozent den Militäreinsatz der amerikanischen, britischen und französischen Regierungen gegen Syrien ab oder eher ab. 30,8 Prozent der Befragten stimmen demnach zu oder eher zu, während 9,3 Prozent sich nicht entscheiden konnten...

dnr-news.com: **Am Marsch des Unsterblichen Regiments in Donezk werden mindestens 50.000 Menschen teilnehmen**

Am Marsch des Unsterblichen Regiments am Tag des Sieges in Donezk, wollen, den Prognosen der Organisatoren zufolge, nicht weniger als 50.000 Menschen teilnehmen. Dies erklärte heute auf einer Pressekonferenz der Vorsitzende der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ Nikita Kiosew.

Wenn man die Dynamik der Teilnehmerzahl an der Aktion ‚Unsterbliches Regiment‘ aus den letzten Jahren betrachtet, dann können Sie absolut sicher von 50.000 Teilnehmern ausgehen. Aber wegen dieser wachsenden Zahl sind wir auch auf 60.000 oder mehr vorbereitet“, sagte der Leiter der „Molodaja Respublika“.

Er betonte, dass alle interessierten Einwohner von Donezk und Gäste an der patriotischen Aktion teilnehmen können. Der Vorsitzende der Organisation erinnerte daran, dass im letzten Jahr auch Einwohner des von Kiew kontrollierten Territorium mit den Porträts ihrer Angehörigen auf die Straße gegangen waren, aber auch in Odessa, Charkow und anderen Städten.

„Ich freue mich sehr, dass wir in diesem Jahr auch wieder an die Menschen erinnern, die ihr Leben für unsere Zukunft gaben. Ich möchte alle Menschen bitten, die beabsichtigen an dieser Aktion teilzunehmen, keine Angst zu haben und mit Stolz die Fotos ihrer heldenhaften Verwandten zu tragen“, sagte der stellvertretende Kommandeur des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin, der ebenfalls an der Pressekonferenz teilnahm.



[http://dnr-](http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/1523886240_1491849794_1491338522_1463317094_img_0294.jpg)

[news.com/uploads/posts/2018-04/1523886240_1491849794_1491338522_1463317094_img_0294.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-04/1523886240_1491849794_1491338522_1463317094_img_0294.jpg)

de.sputniknews.com: **USA finanzieren Donbass-Unabhängigkeit von Russland mit 65 Millionen Dollar**

Die US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) will bis zu 65 Millionen Dollar in die „wirtschaftliche Wiederherstellung“ der ostukrainischen Region Donbass und deren Unabhängigkeit von Russland investieren. Das geht aus einem Dokument hervor, das dem TV-Sender RT vorliegt.

Demnach sollen die Gebiete von Donezk und Lugansk die Handelskontakte mit der Westukraine und der EU stärken. „Um die gestellten Aufgaben zu erfüllen, werden auch Bemühungen in den naheliegenden Gebieten sowie auf dem gesamten Territorium der Ukraine unternommen.“

Das Geld soll in erster Linie in Projekte mit schneller Investitionsrendite fließen wie beispielsweise das Klein- und Mittelunternehmertum. Die Initiative soll von einer PR-Kampagne unterstützt werden. Dabei soll der Auftragnehmer auf unterschiedliche Szenarien vorbereitet werden wie unter anderem die Eroberung des Donbass durch die ukrainischen Truppen und sogar eine russische Invasion. Das Hauptziel ist die Rückkehr des Donbass in die Ukraine.

Kiew und die westlichen Länder werfen Russland eine „bewaffnete Aggression“ gegen die Ukraine vor. Moskau beteuerte wiederholt, dass es keine Konfliktsseite und an der Regelung der Ukraine-Krise interessiert sei.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31971/93/319719337.jpg>

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Nachmittag

14:20 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Sajzewo Sewernoje auf **Sajzewo Jushnoje** eröffnet, es werden Scharfschützen- und Schusswaffen verwendet.

14:35 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Nowotroizkoje auf **Dokutschajewsk** mit Mörsern des Kalibers 82mm (2 Mörsergeschosse), automatischen Granatwerfern (29 Granatgeschosse), Schützenpanzern (10 Schüsse), Antipanzerhandgranatwerfern (4 Granatgeschosse) eröffnet.

15:40 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Mörserfeuer aus Richtung Bogdanowka auf **Petrowskoje** mit Mörsern des Kalibers 82mm (6 Mörsergeschosse) eröffnet.

15:35 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus zwei Richtungen auf Leninskoje eröffnet:

aus Richtung Lebedinskoje auf **Leninskoje**: es wurden 2 Granate mit Antipanzergranatwerfern abgeschossen;

aus Richtung Schirokino auf **Leninskoje**: es wurde ein Antipanzerlenkrakete abgeschossen. Die ukrainischen Streitkräfte schießen weiter aus zwei Richtungen:

- aus Richtung Bogdanowka auf **Petrowskoje**: es wurden weitere 9 Mörsergeschosse abgeschossen, davon 3 des Kalibers 120mm und 6 des Kalibers 82mm;

- aus Richtung Schirokino auf **Leninskoje**: es wurden weitere 7 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte schießen aus Richtung Schirokino auf **Leninskoje**. Insgesamt wurden 9 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 1 Antipanzerlenkrakete abgeschossen.

17:25 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Peski auf **Donezk** (Volvo-Zentrum) mit automatischen Granatwerfern (29 Granatgeschosse), Antipanzergranatwerfern (7 Granatgeschosse), großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

17:40 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Spartak** mit Mörsern des Kalibers 82mm (4 Geschosse) eröffnet.

17:45 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Jasinowataja** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

17:55 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Schirokino auf **Kominternowo** eröffnet, es wurden 6 Granatgeschosse mit Antipanzergranatwerfern

abgeschossen, außerdem werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

18:05 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Showanka auf **Sajzewo** eröffnet, es wurden 20 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm, 58 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern abgeschossen, außerdem werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

Der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Showanka auf **Sajzewo** geht weiter, es wurden weitere 20 Mörsergeschosse abgeschossen, davon je 10 vom Kaliber 120mm und 82mm.

18:35 – die ukrainischen Streitkräfte haben das Mörserfeuer aus Richtung Bogdanowka auf **Petrowskoje** eröffnet, es wurden zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen. Der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Showanka auf **Sajzewo** geht weiter. Insgesamt wurden bisher 18 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm, 40 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm, 58 Granatgeschosse mit automatischen Granatwerfern, 10 mit Antipanzerhandgranatwerfern abgeschossen, außerdem werden großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

abends:

rusvesna.su: „Hoffnung ernährt die Jugend“ - Nebensja antwortet Poroschenko auf den Vorschlag, Russland das Veto-Recht in der UNO zu entziehen

Russlands ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen Wassilij Nenenlja kommentierte den Aufruf des ukrainischen Präsidenten Petr Poroschenko, Russland das Veto-Recht in der Organisation zu entziehen.

„Reformen sind notwendig, aber die Erklärung des ukrainischen Präsidenten hat mit diesen Reformen absolut nichts zu tun. Wir verstehen genau, dass das nicht die Sorge um die Organisation ist. Und überhaupt möchte ich die Frage kurz so beantworten : Die Hoffnung ernährt die Jugend“, sagte Nebensja im Interview mit kp.ru.

de.sputniknews.com: **Regimewechsel in Damaskus weiter Ziel für Berlin**

Tilo Gräser

Die Bundesregierung weiß, was Syrien und seine Bevölkerung brauchen: Eine Zukunft ohne Präsident Assad. Das haben Regierungssprecher am Montag nach dem westlichen Angriff auf Syrien vom Wochenende klargestellt. Der Regimewechsel ist nach ihren Worten das langfristige Ziel der nun von Paris und Berlin angekündigten politischen Initiativen.

Die Bundesregierung hält „langfristig“ an dem Ziel eines Regimewechsels in Damaskus fest. Sie begründet das unter anderem mit dem Willen der syrischen Bevölkerung. Das erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag auf der Regierungspressekonferenz in Berlin. Der Sprecher wörtlich:

„Das Ziel eines Syriens mit einer Regierung, der die Menschen dort vertrauen können, das heißt automatisch, dass das nicht ein Syrien, jedenfalls langfristig nicht, unter der Führung des derzeitigen Präsidenten ist.“

Zuvor hatte Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) in Brüssel laut Nachrichtenagenturen gesagt, den Konflikt in Syrien dauerhaft beizulegen, sei nur ohne Präsident Baschar al-Assad möglich. Angestrebt werde zunächst eine Lösung „mit all denen, die in der Region Einfluss haben“, sagte Maas beim Treffen der EU-Außenminister am Montag in Luxemburg. „Dass jemand, der Chemiewaffen gegen seine Bevölkerung einsetzt, ein Teil dieser Lösung sein kann, das kann sich wohl niemand vorstellen.“ Beweise gegen Assad legte der Außenminister

auch nach dem westlichen Angriff nicht vor.

Fehlende Beweise

Auch Seibert und seine Kollegen auf der Regierungspressekonferenz konnten keine Beweise vorlegen. Dennoch rechtfertigten sie mehrfach die Stellungnahme von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum westlichen Angriff auf Syrien in der Nacht zum Samstag. Die Kanzlerin, der Außenminister und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hätten an dem Tag „sehr klar“ gesagt, wo die Bundesregierung dabei stehe, so Seibert: „An der Seite all derjenigen, die entsetzt sind über den erneuten Einsatz von C-Waffen durch das Regime Assad und die dafür ein wichtiges Zeichen setzen wollen, dass die C-Waffen-Konvention nicht erodiert, dass es keine Gewöhnung gibt und keine Straflosigkeit für den Einsatz von C-Waffen.“

Sputnik fragte auf der Konferenz, warum die am Samstag begonnenen Untersuchungen der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) des angeblichen Chemiewaffeneinsatzes am 7. April in Duma nicht abgewartet wurden. Der Regierungssprecher berief sich dazu erneut auf westlichen „Erkenntnisse“. Für die Bundesregierung sei klar, dass stimme, was die USA, Großbritannien und Frankreich dazu erklärten. „Alle vorliegenden Erkenntnisse, und das sind zahlreiche, sprechen dafür, dass es nicht nur ein Chemiewaffeneinsatz war und dass auch das syrische Regime erneut für diesen Einsatz verantwortlich ist.“

Ignoriertes Völkerrecht

FAZ-Reporter Eckhard Jesse machte darauf aufmerksam, dass mit dem westlichen Angriff ohne UN-Mandat die Souveränität Syriens gebrochen worden sei. Er wollte von Seibert wissen, ob dieser tatsächliche Völkerrechtsbruch durch die Bundesregierung mit dem angeblichen Bruch des Völkerrechts durch den behaupteten Chemiewaffeneinsatz gerechtfertigt werde. Zuvor hatte bereits Journalist Tilo Jung wissen wollen, ob der deutschen Regierung das Völkerrecht egal sei. Darauf antwortete der Regierungssprecher nicht konkret, sondern warf Russland vor, mehrere Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu Syrien blockiert zu haben. Er plädierte an „Russland und andere, wirklich den Sicherheitsrat seine Arbeit machen zu lassen“. Dass die von westlichen Staaten vorgelegten Resolutionsentwürfe oftmals unter anderem das Gewaltverbot der UN-Charta ignorierten und deshalb abgelehnt wurden, fügte der Sprecher nicht hinzu.

Dafür erklärten er und seine Kollegin vom Auswärtigen Amt, Maria Adebahr, dass die von Berlin und Paris angekündigten Initiativen für eine politische Lösung in Syrien „neuen Schwung“ in die Suche danach bringen sollen. Das begründete Seibert unter anderem so: „Unser Urteil über Präsident Assad ist klar. Er gibt täglich neue Proben seines brutalen und rücksichtslosen Vorgehens gegen all die Syrer, die er als Gegner seines Regimes betrachtet.“ Gleichzeitig müsse die Außenpolitik „mit Realitäten umgehen“. Die selbst von bundesdeutschen Medien inzwischen bemerkte Tatsache, dass der syrische Präsident weiterhin großen Rückhalt bei der Bevölkerung des Landes hat, erwähnte er nicht.

Sputnik fragte auch nach, ob der Westen nicht die selbst von UN-Generalsekretär António Guterres begrüßten russischen Initiativen für eine politische Regelung in Syrien und den innersyrischen Dialog aufgreifen und unterstützen sollte. Die Bundesregierung werde bei ihren Initiativen die Bemühungen der UNO und ihres Gesandten für Syrien, Staffan de Mistura, unterstützen, erklärte dazu Außenamtssprecherin Adebahr. Um „neuen Schub“ in die Genfer Gespräche zu bringen, würden die „wichtigen einflussreichen Staaten“ auch mit Russland, dem Iran und anderen Akteuren vor Ort sprechen.

Deutsche Aktivitäten

Es gehe um einen langfristigen politischen Prozess, der jetzt beginne, hieß es mehrmals. Adebahr verwies auf die westlichen Aktivitäten nach dem Angriff in der Nacht zum Samstag wie das EU-Außenministertreffen am Montag, eine EU-Konferenz zu Syrien im Ende April und einen neuen westlichen Resolutionsentwurf im UN-Sicherheitsrat. Sputnik wollte wissen,

wie realistisch die Initiativen seien. Dazu sagte der Regierungssprecher, sie seien „so realistisch wie der Einsatz stark ist all derjenigen in der Region, die dort Verantwortung und Einfluss haben, eben auch Iran und Russland, zunächst einmal ernst zu machen mit der Umsetzung des landesweiten Waffenstillstandes und mit den Friedensbemühungen für Syrien“. Notwendig sei dafür ein „wirklicher Friedenswillen“, den Damaskus und Moskau mit Angriffen auf die Zivilbevölkerung bisher nicht gezeigt hätten, behauptete Seibert. Sputnik wollte zudem wissen, ob die bekanntgewordenen deutschen Aktivitäten seit 2012 gegen die syrische Regierung fortgesetzt werden. Das reichte von einer ressortübergreifenden „Task Force Syrien“ für „Planungen für den Tag nach einem Übergang“ und einer Arbeitsgruppe zum Umbau der Wirtschaft nach dem Sturz Assads unter gemeinsamer Leitung mit den Vereinigten Arabischen Emiraten über das Projekt „Day After“ mit syrischen Exil-Oppositionsgruppen bis zur Spionage von Bundeswehr und BND vor der syrischen Küste samt Weitergabe der Daten an „Rebellen“. Die Ministeriums- und Regierungssprecher konnten dazu am Montag nichts sagen.